

Resolution

Solidarität mit Erntehelferinnen und Erntehelfern im Kampf gegen unwürdige Arbeitsbedingungen – Spargel Ritter in Bornheim ist kein Einzelfall

DIE LINKE kritisiert seit Jahren die prekäre Situation der Erntehelferinnen und Erntehelfer, die jedes Jahr den Nachschub an billigem Spargel oder Erdbeeren sichern. Der Mindestlohn von 9,35 Euro die Stunde lockt Tausende aus osteuropäischen Ländern nach Deutschland. Dass dieser Mindestlohn mit Überstunden und unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen einhergeht, wird ihnen verschwiegen. Am Ende bleibt nur ein mickriger realer Stundenlohn. Ein Skandal, gegen den wir als LINKE kämpfen und der zurecht endlich auf die politische Tagesordnung gehört.

Dass es dafür aber erst die Corona-Krise und die teils gravierenden Infektionszahlen aufgrund mangelnder Hygienemaßnahmen und der fehlenden Abstände in den überfüllten Unterkünften benötigte, zeigt, wie wenig sich die regierenden Parteien um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Erntehelferinnen und Erntehelfer scheren. Bis heute gilt: Hauptsache der Profit ist gesichert. Als LINKE finden wir uns damit nicht ab und unterstützen die Proteste der Beschäftigten und sind solidarisch mit der Arbeit der IG BAU, die über einjährige Mitgliedschaften und mit Projekten wie „Faire Mobilität“ und „Arbeit und Leben“ die Erntehelferinnen und Erntehelfer organisiert und ihren Kampf für gute Löhne und Arbeitsbedingungen unterstützt.

Für uns ist klar: Es braucht endlich flächendeckende, regelmäßige und unangekündigte Kontrollen der Arbeits und Lebensbedingungen sowie der ordnungsgemäßen Bezahlung der Erntehelferinnen und Erntehelfer. Wenn Verstöße aufgedeckt werden, müssen diese auch sanktioniert werden. Die Kungelei mit den Betrieben muss aufhören. Und die Praxis, nach Akkord zu bezahlen oder aber die Stundenlöhne durch hohe Kosten für die Unterkunft und Verpflegung zu drücken, muss gestoppt werden.

Wie notwendig ein härteres Durchgreifen ist, zeigt der Fall Spargel Ritter in Bornheim. Die IG BAU beobachtet die Situation dort seit Längerem und kämpft für die Interessen der Erntehelferinnen und Erntehelfer. Dass Alexander Neu, der LINKE Bundestagsabgeordnete vor Ort, jetzt Anzeige gegen den Insolvenzverwalter wegen des Verdachts des Betruges, der Vorenthaltung von Arbeitsentgelt und der vorsätzlichen oder fahrlässigen Körperverletzung

erstattet hat, begrüßen wir. Offenbar wurden die Erntehelferinnen und Erntehelfer trotz des laufenden Insolvenzverfahrens angeworben, mussten die Anreise nach Deutschland selbst bezahlen und wurden jetzt vor die Tür gesetzt. Dass sie überhaupt für die bisher geleistete Arbeit entlohnt wurden, ist nur ihrem Druck und der Arbeit der IG BAU vor Ort zu verdanken. Die Zustände müssen jetzt geprüft und die Verantwortlichen bestraft werden. Mit dieser Ausbeutung der Beschäftigten muss Schluss sein!

DIE LINKE streitet für gute Löhne und Arbeitsbedingungen für Erntehelferinnen und Erntehelfer und steht auch zukünftig an ihrer Seite.